

Die europäischen Staatschefs wollen unbedingt, dass der Krieg in der Ukraine weitergeht

Sie versuchen immer wieder, die laufenden, von den USA vermittelten Friedensgespräche zu torpedieren.

27. November 2025 | Ian Proud

Wenn es nach ihnen ginge, würden die europäischen Staats- und Regierungschefs einen Fortbestand des Krieges in der Ukraine begrüßen, ohne Rücksicht auf die enormen menschlichen Kosten, die anhaltende Zerstörung der Infrastruktur oder die zunehmend korrupten und repressiven Tendenzen von Selensky und seiner Regierung.

Es überrascht daher kaum, dass die Europäer hart daran arbeiten, die ohnehin schon enorm schwierigen Bemühungen von Präsident Trump, den Krieg zu beenden, zu torpedieren. Der Ansatz der USA, der durch einen Beitrag von Vizepräsident JD Vance auf X charakterisiert wird, besteht darin, einen Friedensplan sicherzustellen, der „für beide Seiten akzeptabel“ sein muss.

Das ist ein Grundprinzip der Diplomatie. Niemand gewinnt wirklich einen Krieg, und um ihn zu beenden, ist staatsmännisches Geschick erforderlich, wobei beide Seiten bereit sein müssen, im Interesse eines langfristigen Friedens Zugeständnisse zu machen. Obwohl Präsident Putin weiterhin auf dem Schlachtfeld auf dem Vormarsch ist und sich in einer wirtschaftlich viel stärkeren Position befindet, um den Krieg fortzusetzen, hat er sich bereit gezeigt, eine Einigung zu erzielen und dem Blutvergießen ein Ende zu setzen.

Doch wie Vance in seinem Beitrag sagte: „Es gibt [in Europa, Kiew und einigen Kreisen in Washington] die Fantasievorstellung, dass der Sieg zum Greifen nah ist, wenn wir nur mehr Geld, mehr Waffen oder mehr Sanktionen bereitstellen. Frieden wird nicht von gescheiterten Diplomaten oder Politikern geschaffen, die in einer Fantasiewelt leben. Er wird vielleicht von klugen Menschen geschaffen, die in der realen Welt leben.“

Die harte Realität ist, dass auch die Ukraine Zugeständnisse machen muss, um den Krieg zu beenden, und dass die europäischen Staats- und Regierungschefs die Unvermeidbarkeit dieser Tatsache anerkennen müssen.

Doch nachdem die USA in Genf detaillierte Friedensgespräche mit der Ukraine aufgenommen hatten, wurde schnell klar, dass die Europäer immer noch in einer Fantasiewelt leben, in der sie Russland irgendwie dazu zwingen können, alle für den Frieden erforderlichen Zugeständnisse zu machen, ohne über die wirtschaftlichen Mittel oder den militärischen Willen dazu zu verfügen.

Nach der Veröffentlichung eines ersten Entwurfs eines 28-Punkte-Friedensplans für die Ukraine verbreiteten westliche Medien umgehend eine neue Version, die von den nationalen Sicherheitsberatern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens überarbeitet worden war. (Es erstaunt mich

– oder vielleicht auch nicht –, dass niemand in den westlichen Medien gefragt hat, wie das Dokument so schnell an die Öffentlichkeit gelangen konnte.

Der ursprüngliche 28-Punkte-Plan der USA – der weniger ein Plan als vielmehr eine Agenda für Gespräche war – war keineswegs perfekt, enthielt aber Elemente, die versuchten, den Anliegen sowohl Russlands als auch der Ukraine gerecht zu werden.

Der von den Europäern überarbeitete 27-Punkte-Plan war eindeutig darauf ausgelegt, sicherzustellen, dass Russland einem Friedensabkommen nicht zustimmen und den Kampf auf dem Schlachtfeld fortsetzen würde.

Der mit Abstand wichtigste Grund dafür lag in der NATO. Der US-Entwurf enthielt eine Klausel, wonach die Ukraine ihre Ambitionen auf eine NATO-Mitgliedschaft aufgeben würde und die NATO in ihre Gründungsdokumente eine Verpflichtung aufnehmen würde, niemals eine ukrainische Mitgliedschaft zuzulassen.

In der europäischen Version wurde dies dahingehend geändert, dass die Ukraine nur durch einen Konsens der Mitglieder, der nicht existiert, der NATO beitreten kann. Damit wird jedoch ganz offensichtlich die derzeitige Position der NATO gegenüber einer Mitgliedschaft der Ukraine zum Ausdruck gebracht: Da kein Konsens besteht, kann die Ukraine nicht beitreten. Die russische Seite vertritt jedoch häufig die Position, dass eines Tages ein Konsens gefunden werden könnte, beispielsweise unter einem zukünftigen US-Präsidenten der Demokratischen Partei. Damit bleibt die Tür für einen Beitritt der Ukraine in der Zukunft offen. Genau diese Sorge brachte Präsident Putin in den hektischen Tagen der Diplomatie vor Kriegsbeginn zum Ausdruck. „Wenn nicht morgen, wie sieht es dann übermorgen aus?“ Bemerkenswert ist, dass auch Klausel 3 im Entwurf des US-Textes, wonach „die NATO nicht weiter expandieren wird“, von den Europäern vollständig gestrichen wurde (daher umfasst der europäische Plan 27 Punkte und nicht 28 Punkte).

Darüber hinaus wurde der Wortlaut des US-Entwurfs abgeschwächt. Die Verpflichtung, niemals NATO-Truppen in der Ukraine zu stationieren, wurde gestrichen; die vorgeschlagene Europa-Klausel sah vor, dass NATO-Truppen in Friedenszeiten nicht dauerhaft in der Ukraine stationiert werden sollten. Damit blieb sowohl die Möglichkeit eines vorübergehenden Einsatzes von NATO-Truppen in der Ukraine als auch eines dauerhaften Einsatzes in einem zukünftigen Krieg offen.

Ausgehend davon, dass der Vorschlag darauf abzielt, Frieden in der Ukraine zu schaffen, scheint die Hinzufügung eines Textes, der den vorübergehenden Einsatz von NATO-Truppen in der Ukraine im Falle eines Friedensbruchs erlaubt, darauf ausgerichtet zu sein, sicherzustellen, dass es nicht zu Frieden kommt. Nicht zuletzt, da der US-Entwurf in seiner ursprünglichen Fassung klare Formulierungen zu Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthielt, die eine militärische Reaktion auf einen hypothetischen zukünftigen Krieg Russlands vorsahen.

Der andere auffällige Aspekt des sogenannten „Gegenvorschlags“ der Europäer war seine Zurückhaltung hinsichtlich der künftigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Während der US-Entwurf die EU-Mitgliedschaft als „Recht“ der Ukraine bezeichnete, änderten die Europäer den Wortlaut dahingehend, dass die Ukraine für eine EU-Mitgliedschaft „in Frage käme“ und ihr Antrag „geprüft“ würde. Dies ist eine diplomatische Umschreibung für „die Mitgliedschaft ist nicht garantiert“. Während die russische Seite erklärt hat, dass sie keine Einwände mehr gegen einen EU-Beitritt der Ukraine hat, beginnen die europäischen Staats- und Regierungschefs, sich auf die enormen Kosten

und Störungen zu konzentrieren, die damit verbunden sein werden, wie ich bereits mehrfach betont habe.

Da ihnen das Geld für die Ukraine fehlte, änderten die Europäer auch radikal ihre Haltung hinsichtlich der Kosten für den Wiederaufbau nach dem Krieg. Weg war die Haltung der USA, einen Teil der eingefrorenen russischen Staatsvermögen aufzuteilen und zu investieren, hin zu einer Haltung, dass Russland für den gesamten Wiederaufbau aufkommen müsse und dass seine Vermögenswerte bis dahin eingefroren blieben. Wie ich bereits zuvor dargelegt habe, wird das Festhalten an den russischen Vermögenswerten Russland eindeutig davon abhalten, sich um Frieden zu bemühen. Warum sollte Russland einen Krieg beenden wollen, den es selbst begonnen hat, wenn es dafür alle durch den Krieg verursachten Schäden bezahlen muss und dabei nicht einmal seine eingefrorenen Reserven zurückerhält? Es wäre wohl kostengünstiger, weiter zu kämpfen.

Es gab noch weitere merkwürdige Ergänzungen seitens der Europäer. Eine davon entfernte den Vorschlag der USA, dass 100 Tage nach Abschluss des Friedensabkommens Wahlen in der Ukraine stattfinden sollten, und ersetzte ihn durch die Verpflichtung, Wahlen „so bald wie möglich“ abzuhalten. Dies scheint offensichtlich ein Zugeständnis an das Team von Selensky zu sein, das die Möglichkeit offen lässt, dass die Präsidentschaftswahlen nach Kriegsende auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Die Formulierungen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Versöhnung zwischen der Ukraine wurden abgeschwächt und die Formulierungen zur Nazi-Ideologie gestrichen.

Auf dem Papier schienen der 28-Punkte-Plan der USA und der 27-Punkte-Gegenvorschlag der Europäer ziemlich ähnlich zu sein. Bei genauerer Betrachtung scheint der US-Plan jedoch auf Frieden ausgerichtet zu sein, während der europäische Plan auf mehr Krieg abzielt.

Dennoch scheinen die Amerikaner bei den Verhandlungen das Sagen zu haben und die Europäer weitgehend aus den Gesprächen herauszuhalten. Nach einem weiteren intensiven Verhandlungstag mit der Ukraine am 24. November in Genf wurde der Friedensvorschlag auf 19 Punkte reduziert. Es wird eine gewaltige Herausforderung für Präsident Trump sein, eine Lösung zu finden, die sowohl für Russland als auch für die Ukraine akzeptabel ist. Aber er hat weitaus größere Chancen als jeder andere in Europa.